

Bericht aus der Gemeinderatsitzung vom 21. Juni 2021

Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

Die Vorsitzende führte aus, dass in der vergangenen Sitzung Bewerbungsgespräche für die Sachgebietsleitung Standesamts- und Friedhofswesen geführt wurden. Der Gemeinderat hat eine der Bewerberinnen gewählt.

Bürgerfragestunde

In der Bürgerfragestunde meldeten sich zwei Anwohner aus der Kirchhalde zum Thema Logistikzentrum zu Wort. Sie stellten verschiedene Fragen, wie die Lärm- und Lichtbeeinträchtigung für die Anwohner vermieden werden soll. Außerdem wollten Sie wissen, worin unterschiedliche Angaben zu Fahrzeugbewegungen zu erklären seien. Irion antwortete, dass genaue Ergebnisse noch nicht vorliegen. Mit dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt werden Gebäudehöhen und deren Lage zunächst festgelegt, um entsprechende Gutachten für das nachfolgende Bebauungsplanverfahren in Auftrag zu geben. Sowohl bei der Frage der Parkierung, als auch zu den Verkehrszahlen seien die Angaben auch der Verwaltung noch zu schwammig.

Bericht Wohnbau Trossingen GmbH

In der Sitzung stellte sich Florian Widmann als neuer Geschäftsführer der Trossinger Wohnbau vor. Widmann hat seine Arbeit am 01. Februar aufgenommen. Die GmbH befindet sich zu 94% in städtischem Eigentum und kommt seit 1958 dem Auftrag nach Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum nach. Sie bildet ein Gegengewicht zu maximal gewinnorientierten Bauträgergesellschaften. Mit den Objekten können zudem Mieter berücksichtigt werden, die auf dem überhitzten Markt nur schwierig zum Zug kommen. Im Portfolio befinden sich derzeit 8 Wohnungen, eine große Garagenanlage, 23 Gewerbeeinheiten, insbesondere für Gründer und eine Gemeinschaftsunterkunft. Ferner berichtete Herr Widmann über den Baufortschritt am Stadtgarten auf Gölten, wo weitere Wohnungen entstehen.

Logistikverteilzentrum mit Parkhaus im Gewerbegebiet Greut – Beratung über die Gebäudekörper und Gestaltungsvorgaben für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan

Die Vorsitzende führte aus, dass in der heutigen Sitzung über die Lage und Gestaltung der Gebäude beraten werden soll. Dieses Zwischenergebnis soll Grundlage für die erforderlichen Gutachten, insbesondere im Hinblick auf Lärm, Licht, Verkehr und Umweltschutz werden. Üblicherweise finden diese Beratungen verwaltungsintern statt und im Gemeinderat wird erst das Ergebnis, also der fertige Bebauungsplanentwurf im Gremium eingebracht. Im gewählten Vorgehen wird also auch die Bedeutung des Vorhabens und der Wunsch nach maximaler Transparenz seitens der Verwaltung deutlich. Der Bebauungsplan soll als vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden, dessen wesentlicher Vorteil darin besteht, dass sehr restriktive Vorgaben bereits auf Ebene des Bebauungsplanes erfolgen können. Mit der Beschlussfassung über den Entwurf werden dann die erforderlichen Gutachten erstellt, so dass in rund drei Monaten der Bebauungsplanentwurf eingebracht werden kann. Mit dem Entwurf erfolgen dann weitere Schritte des Beteiligungsverfahrens. Eckpunkte des vorgestellten Entwurfes stellten die Festsetzungen aus dem Kaufvertrag dar. Dort wurde festgehalten, dass die Gebäudehöhen für Parkhaus und Betriebsgebäude maximal 12,5 m betragen sollen. Zudem wurde im Rahmen des Kaufvertrages vereinbart, dass die Firsthöhe für das Betriebsgebäude maximal 738 m über NN sein soll und das Parkhaus 730 m über NN nicht überschreiten darf. Insgesamt sollten die Gebäude damit nicht höher als der umliegende Bestand, also die Firmen Efka und Initial sein. Für das Logistikzentrum können diese Vorgaben weitgehend eingehalten werden, lediglich das Treppenhaus erreicht 16,30 m, was aber als akzeptabel einzustufen ist, angesichts der Tatsache, dass Treppenhäuser untergeordnete Bauteile darstellen. Auf dem Dach des Logistikzentrums ist eine Photovoltaikanlage vorgesehen, die Überdachung der Ladezone ist mit einer Dachbegrünung vorgesehen. Das Parkhaus soll 110 m lang und 44 m

breit werden und 345 Fahrzeugen Stellplätze bieten. In den Entwürfen ist das Parkhaus mit einer Höhe von 14,70 m vorgesehen, was aus Sicht der Verwaltung nicht akzeptabel ist. Hier bestünden drei Varianten um die Gebäudehöhe zu reduzieren. In der ersten Variante würde verlangt, zwei Geschosse unterirdisch als Tiefgarage auszuführen. Dafür bedarf es aber großer unansehnlicher Stützwände, auch wäre diese Variante unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten kaum vertretbar. Die beiden anderen Varianten sehen die Reduzierung um ein Stockwerk vor, in der zweiten Variante mit einem offenen Parkdeck, in der dritten Variante mit Dachbegrünung. Durch die dritte Variante käme das Parkhaus aber auf eine Höhe von 13,50 m, wäre also um einen Meter höher als vertraglich vereinbart. Im Hinblick darauf, dass die Stadt auch anderen Gewerbetreibenden eine Dachbegrünung abverlange, ein geschlossenes Dach auch in Sachen Lärmschutz zu bevorzugen sei und auch ökologisch wie hydrologisch Vorteile biete, sprach sich die Verwaltung für Variante drei aus. Der Gemeinderat beurteilte dies in der nachfolgenden Diskussion ebenso. Auch ist eine Begründung aller Stützmauern und des Parkhauses seitens der Stadt gefordert. Zwischen Parkdeck und Logistikgebäude ist ein Sprinklerbecken vorgesehen, das ebenfalls ansprechend zu gestalten ist. Dem Gemeinderat war ferner eine ausreichende Eingrünung wichtig. Auch sei die Fassade des Parkhauses in jedem Fall so zu gestalten, dass die Anwohner der Kirchhalde nicht durch Licht belästigt werden. Eine Brüstung, die dem Arbeitsschutz für Arbeiten an der Photovoltaikanlage auf dem Betriebsgebäude dient, wurde aus optischen Gründen abgelehnt. Wie bei anderen Gewerbebetrieben auch, können diese Arbeiten auch auf andere Weise gesichert erfolgen. Neben Ansichten und Animationen aus verschiedenen Perspektiven zeigte die Verwaltung Fotos aus der Litschlesstraße, die parkende Fahrzeuge von Subunternehmern zeigten. Die Verwaltung machte ihrem Unmut darüber Luft und empfahl genauere Angaben und Festlegungen diesbezüglich zu fordern. Die Verwaltung wies darauf hin, dass sie im Rahmen des städtebaulichen Vertrags dazu auch juristisch beraten lässt. Trotz aller Sorgfalt und dem Versuch dem Problem Herr zu werden, wird sich der Parkdruck in den Wohngebieten im Stadtgebiet vermutlich erhöhen – das gelte aber auch, wenn sich das Logistikunternehmen in einer anderen Stadt oder Gemeinde im Umkreis ansiedle. Der Gemeinderat stimmte den Vorentwürfen mit den getroffenen Restriktionen mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung zu.

Erstattung der Elternbeiträge für Kindergärten, Krippen und die verlässliche Grundschule in der Zeit vom 21. April bis 21. Mai 2021

Der Gemeinderat hat die Erstattung der Gebühren für den oben genannten Zeitraum einstimmig beschlossen. Die Kosten dafür betragen rund 95.000 Euro, für die die Stadt voraussichtlich keinerlei Kompensation durch das Land erhält. Dadurch verschlechtert sich das Haushaltsergebnis 2020. Dem Gemeinderat war es dennoch wichtig, dieses Signal an die durch die Pandemie ohnehin stark belasteten Familien zu setzen. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde auf verärgerte Eltern aus der Einrichtung Denk-Mit berichtet, die ihre Beiträge aus Januar und Februar noch immer nicht erstattet bekamen, mit dem Hinweis darauf, dass dies die Stadt zu verantworten habe. Die Verwaltung führte aus, dass dies nicht der Fall ist. Die Verwaltung warte auf Nachricht des Trägers, dann wird, wie für alle anderen Träger bereits geschehen, der Beitrag an den Träger erstattet. Wie dieser dann mit der Erstattung an die Eltern verfährt, liegt nicht in Verantwortung der Stadt. Die Verwaltung wird dem Hinweis dennoch nachgehen, die Verärgerung der Eltern sei in dem Fall verständlich.

Umbenennung des August-Lämmle-Weges und des Thaddäus-Troll-Weges

Die Vorsitzende führte aus, dass in einer der vergangenen Sitzungen die Umbenennung beschlossen worden sei. In der Zwischenzeit hat die Verwaltung von Bürgerinnen und Bürgern, aus der Mitte des Gemeinderates und der Museen eine große Anzahl an Vorschlägen zur Umbenennung erhalten und die Kosten erhoben. Für die Stadt fallen durch die Umbenennung außer den neuen Schildern und etwas Verwaltungsaufwand keine Kosten an. Die Anwohner aus dem bereits bebauten Thaddäus-Troll-Weg müssen aber ihre Dokumente und ggf. auch private

Briefköpfe und Visitenkarten ändern. Die Kosten für die offiziellen Dokumente (Personalausweis, Reisepass, Führerschein) sollte kulanzhalber die Stadt tragen. Sie verwies auf die Sitzungsvorlage, in der das Leben und Wirken künftiger Namensgeber ausführlich dargestellt ist. Im Wesentlichen ging es in der Beratung darum, ob die bisherige Nomenklatur baden-württembergischer Dichter und Denker beibehalten werden soll, ganz bewusst im Gegensatz zur bisherigen Benennung Widerstandskämpfer wie Gertrud Luckner Namensgeber werden sollen, Frauen bei der Benennung der Vorzug einzuräumen ist oder mit den Vorschlägen Rosemarie-Hopfensitz und Hans Trümper Trossinger geehrt werden sollen, die sich um Bildung besonders verdient gemacht haben. In der anschließenden Diskussion zeichnete sich ab, dass Trümper und Hopfensitz eher in räumlicher Nähe zur Schule Namensgeber werden sollen. Auch wurde mehrheitlich gewünscht, bei der Nomenklatur zu bleiben. Mehrheitlich setzen sich daher Sebastian-Blau-Weg als Ersatz für August-Lämmle-Weg durch. Der Thaddäus-Troll-Weg wird künftig Anette-von-Droste-Hülshoff-Weg heißen.

Neubau am Schulzentrum – Vergabe der Möblierung

Die Möblierung wurde nicht nur nach dem Kriterium Preis vergeben, sondern es fand eine Bewertung über eine Matrix statt, die auch die Kriterien Funktionalität, Stabilität und Design beinhaltet. 7 Personen haben an der Bewertung teilgenommen. Das Ergebnis bei der Objektmöblierung ist in unserem Fall aber so, dass hier, nach Auswertung der Matrix dennoch die günstigste Firma den Auftrag erhalten wird, und zwar die Firma Kist aus Schweningen mit einer Auftragssumme von 170.226,60 Euro.

Die Schulmöblierung wird an die Firma VS aus München mit einer Auftragssumme von 98.704,30 vergeben.

Neubau Kindergarten Albblick – Vergabe der Schlosserarbeiten

Die Schlosserarbeiten wurden einstimmig an die Firma Belle aus Wyhl zum Preis von 189.966 Euro vergeben. Die Kostenberechnung belief sich auf 134.589 Euro. Leider lagen die Kosten deutlich über dem veranschlagten Preis aus der Kostenberechnung. Allerdings sind die Stahlpreise und die vollen Auftragsbücher ein großer Kostentreiber. Auch ist zu erwarten, dass die Fluchttreppe noch nicht bis zur Einweihung fertig ist. Hier wird über einige Wochen noch mit einer Gerüsttreppe gearbeitet werden, was mit weiteren Mehrkosten verbunden sein wird.

Neubau des Kindergartens Albblick – Bekanntgabe einer Eilentscheidung Nachtrag Zimmerarbeiten

Die Bürgermeisterin musste mit der Vergabe der Zimmerarbeiten eine Eilentscheidung treffen um den Eröffnungstermin nicht zu gefährden. Im Zuge der Aufstockung musste die Konstruktion des Balkons statisch neu berechnet werden und es mussten Mehrmassen an Stahl und Holz verarbeitet werden. Die Mehrkosten für den Nachtrag betragen 146.628,86 Euro. Die Verwaltung wies darauf hin, dass das Vorhaben nicht mehr im veranschlagten Kostenrahmen realisiert werden kann. Die Mehrkosten werden derzeit aufgearbeitet und spätestens nach der Sommerpause vorgestellt. Allerdings gäbe es keine Alternative oder Einsparpotenziale, auch sei die Entwicklung der Baustoffpreise während der Corona-Krise nicht voraussehbar gewesen.

Erwerb eines Grundstückes von den Stadtwerken

Der Gemeinderat stimmte dem Erwerb eines Grundstückes in der Carl-Benz-Straße Flst.Nr: 965/39 mit 2.200 m² zum Preis von 225.000 Euro zu. Die Stadt benötigt ca. 800 m² Fläche als Ersatzfläche eines Vereinsheims, das in Erbbaupacht zur Verfügung gestellt wird. Zudem soll in einer neuen Fahrzeughalle das neue Fahrzeug des THW Platz finden.